

TROTTOIR

Über die Freiheit in geteilter Enge

Freilich ist es nicht nur in der Schweiz, sondern in ganz Mittel- und Nordeuropa so, filosofierte Frau Brönnimann gestern, dass die Mehrheit der Bahnpassagiere zuerst ein freies Coupé sucht und sich erst dann zu anderen in ein Coupé setzt, wenn keins mehr frei ist, und in diesem Fall aber in der Unter Mehrheit der Ober Mehrheit sich zu jemandem setzt, der Zeitung liest oder sonst wie den Eindruck macht, dass er einen nicht gleich in Beschlag nimmt und vollabert, und je länger die Coupégemeinschaft voraussichtlich dauert, zum Beispiel im Intercity Bern–Zürich, desto vorsichtiger wählt der Mensch, während er sich handkehrum etwa im Tram ungeniert neben einen x-beliebigen Unbekannten setzen kann, weil im Tram mit seiner hohen Fluktuation und Haltefrequenz selten jemand wie eben im Intercity die Nähe so unangenehm empfindet, dass er irgendwelche Floskeln ans Gegenüber zu richten beginnt einzig als Zeichen, dass er den engen Raum in friedlicher Absicht mit ihm teilt, aber natürlich auf die Gefahr hin, dass er dann bis Zürich in einen unreissbaren Gesprächsfaden verwickelt wird, womöglich noch unter seinem Niveau, dachte Frau Brönnimann, und es sei nicht eine nordeuropäisch angeborne Abneigung gegen spontane Sozialkontakte an sich, sondern eher diese Furcht vor der Düpierung des Coupénachbarn, wenn man nach anfänglichem Smalltalk auf der Höhe Mattstetten auf einmal seine Zeitung hervornähme und bis Zürich läse, das ist es vielmehr, bilanzierte Frau Brönnimann, die Furcht vor einem Abgleiten der Unverbindlichkeit ins durch die geteilte Enge erzwungene Vereinnahmende, denn wenn sich dieselben beiden Parteien auf einer Bergwanderung treffen würden, könnten sie sich locker über das Wetter austauschen, dann sogar in der Alpwirtschaft zusammen eins ziehen, dann sogar die nächste Wanderung gemeinsam planen, weil jedes von Anfang an jederzeit frei wäre zu sagen «so, de wei mer dank wyter!», dachte Frau Brönnimann, nahm ihr Leibblatt vom Beistelltischli und las nochmals, wie die Betreiber von «Carlos» begründen, dass ihr Auto-Mitfahrersystem nicht funktionieren will: «Der grösste Schwachpunkt des Projektes war das geringe Marketing.» Oder auch die mangelnde vorgängige Feldforschung, relativierte Frau Brönnimann. (pci)

KURZ

Verletzte Person nach Küchenbrand

STADT BERN Bei einem Küchenbrand in einer Zweizimmerwohnung in einem Hochhaus an der Normannenstrasse 31 im Schwabgut wurde gestern eine Person durch Rauchgase verletzt. Wie das Feuerwehrcorps der Stadt Bern mitteilt, ist die Brandursache noch Gegenstand einer polizeilichen Untersuchung. Die Schadhöhe wird auf mehrere Zehntausend Franken geschätzt. (bfb)

Falschfahrer gestorben

STADT BERN Der Mann, der am 5. Mai auf der Autobahn A 6 bei der Ausfahrt Wankdorf in falscher Richtung unterwegs war und eine Frontalkollision verursachte, ist an den Folgen der Verletzungen verstorben. Der 85-Jährige wohnte in Bern. (pkb)

Kritik am Berner Stadtrat

GRIMSEL Die Volkswirtschaftskammer Berner Oberland kritisiert den Entscheid des Berner Stadtrats vom Donnerstagabend betreffend Grimsel-Staumauer: Er stehe im krassen Widerspruch zur Politik der Berner Regierung und des Oberlands. Überdies basiere der Entscheid auf unvollständigen und teils falschen Informationen. (pd)

«Hausaufgaben gemacht»

Betreiber der Reitschule legen interne Finanzströme offen und fordern Rückzug der SVP-Initiative

Wer einen Blick in die Rechnung werfe, sehe, dass die Forderungen der neuesten Reitschulinitiative überflüssig seien, sagen die Betreiber der Reitschule. 2,6 Millionen Franken haben sie im letzten Jahr erwirtschaftet.

CHRISTIAN VON BURG

Ist das noch die Reitschule? Als Moderatorin begrüsst Silvie von Känel von der Betriebsgruppe der Reitschule «herzlich» zur Präsentation der Betriebsrechnung 2004. Im Frauenraum der Reitschule steht ein grosser Blumenstraus vor dem Kreis der Rednerinnen und Redner. Um die Argumente der SVP-Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule» zu entkräften, präsentieren sie auch einen professionell geschnittenen Film – «ein wenig Schulfernsehen», wie von Känel ironisch anmerkt, und spätestens hier wird klar, dass die Aktivisten der Reitschule bewusst, aber leicht distanziert die Formen bürgerlicher Kommunikation aufnehmen, wie sie wohl sagen würden.

Bier trinken als Kulturförderung

40 000 zahlende Besucher registrierte die Reitschule im letzten Jahr. Nicht eingerechnet sind dabei die Veranstaltungen in der Grossen

Halle. Ebenfalls nicht mitgezählt sind all jene, die im «Sous le Pont» essen gehen oder im «I-fluss» ein Bier trinken. Ihr Konsum ist jedoch für die Kultur in der Reitschule zentral, denn abhängig vom Umsatz fliessen aus jedem Bereich der Reitschule Beiträge in einen Topf. Daraus werden weniger einträgliche Veranstaltungen querfinanziert. Der Gesamtaufwand der Reitschule betrug im letzten Jahr mehr als 2,6 Millionen Franken. Die Stadt Bern beteiligt sich daran mit 60 000 Franken für die Nebenkosten. Was nicht in der Rechnung auftaucht, sind die Mietkosten von 319 000 Franken, welche die Stadt

der Reitschule jährlich erlässt, ebenso 205 000 Franken, welche die Betreiber der Grossen Halle nicht abliefern müssen. Für Löhne und Sozialabgaben gab die Reitschule im letzten Jahr 647 000 Franken aus. «Die Löhne sind recht tief», sagte Reto Beuret, der im «I-fluss» wirtet. Sie bewegen sich zwischen 15 Franken für die Arbeit im Konzertlokal Dachstock und 25 Franken für die Mitarbeit in der Baugruppe. «Daneben werden Tausende von Stunden unentgeltlicher Arbeit geleistet», sagte Beuret weiter, «anders könnte die Reitschule nicht überleben.» Zehn Menschen leben in der Reitschule.

Gemeinsam bezahlen sie 1200 Franken Miete. «Das ist vergleichsweise wenig», sagte von Känel, «aber wenn man bedenkt, was für einen Lärm sie aushalten und dass sie in der Nacht oft raus müssen, wenn was los ist, so ist der Preis in Ordnung.»

Aus der Rechnung werde klar, dass die Reitschule alle Gebühren, Abgaben und Steuern bezahle, sagte Agnes Hofmann von der Betriebsgruppe. Die Bezahlung der Miete durch die Stadt sei an den Leistungsvertrag gekoppelt, mit dem sich die Reitschule verpflichte, kulturelle Leistungen zu erbringen. Und von Känel: «Wenn Politi-

ker der SVP und der Schweizer Demokraten so tun, als wüssten sie all das nicht, so führen sie das Stimmvolk absichtlich in die Irre.» Mit der Präsentation der Rechnung habe die Reitschule «die Hausaufgaben gemacht». Sie forderte SVP und SD dazu auf, die Initiative zurückzuziehen. «Wir könnten so Steuergelder sparen und uns auf Wichtigeres konzentrieren.»

SVP will «Druck beibehalten»

Simon Glauser, der ebenfalls an der Pressekonferenz teilnahm, zeigte sich «beeindruckt» von der Präsentation. «Ich wünschte mir allerdings noch detailliertere Zahlen.» Obwohl der Abstimmungstermin noch in weiter Ferne liege – vermutlich wird es November –, sei die Nervosität der Reitschulbetreiber deutlich spürbar gewesen. Zurückziehen will er die Initiative nicht. «Wenn sie sich bereits an alle Regeln halten, haben die Reitschulbetreiber ja nichts zu befürchten.» Die Initiative fordert «ortsübliche Mietzinse und Nutzungsgebühren». Auch Thomas Fuchs möchte «den Druck beibehalten». Die Präsentation der Rechnung sei zwar «erfreulich», ja sogar «genau das, was wir wollten», es müsse sich aber erst weisen, ob die Transparenz dauerhaft sei oder «doch nur eine Eintagsfliege im Abstimmungskampf».

Kommentar siehe Seite 1

DIE RECHNUNG DER REITSCHULE

Aufwand	in Franken	in Prozent
Veranstaltungen: Gagen, Filmlieten, Unterkunft, Verpflegung, Getränke-, Küchen- und Serviceauslagen	1'075'000	40,6
Werbung und Versand	192'200	7,3
Materialmiete, Transporte, Schlüsselsystem, Solidaritätsbeiträge	114'000	4,3
Unterhalt und Erhalt der Räume und ihrer Aufgaben:	480'700	18,2
Umsatzabhängige Beiträge, Betriebsbeiträge, Suisa-Gebühren, Quellensteuer, Neben- und Heizkosten, Licht, Ton		
Löhne, Sozialabgaben, Entschädigungen, Spesen	646'900	24,4
Büromaterial, Administration, diverser Aufwand	137'700	5,2
Total Aufwand	2'646'500	100
Ertrag	in Franken	in Prozent
Aus Veranstaltungen und Dienstleistungen	2'412'500	91
Eintritt, Kollekte, Bar- und Serviceeinnahmen, Küche		
Globale Abgeltung Stadt	60'000	2,3
Aus Material- und Raumvermietungen u. ä.	179'200	6,7
Total Ertrag	2'651'700	100

Gemüse oder Arbeitsplätze?

Die Stadt Bern will auf dem Schermen-Areal mehr Industrie und Gewerbe ansiedeln – die Familiengärten müssten weichen

Parteien von links bis rechts befürworten den neuen Zonenplan Schermenareal-Waldau, über den Bern am 5. Juni abstimmt. Doch die Pflanzblätzbetreiber wehren sich für ihre «geliebten Familiengärten».

SUSANNE WENGER

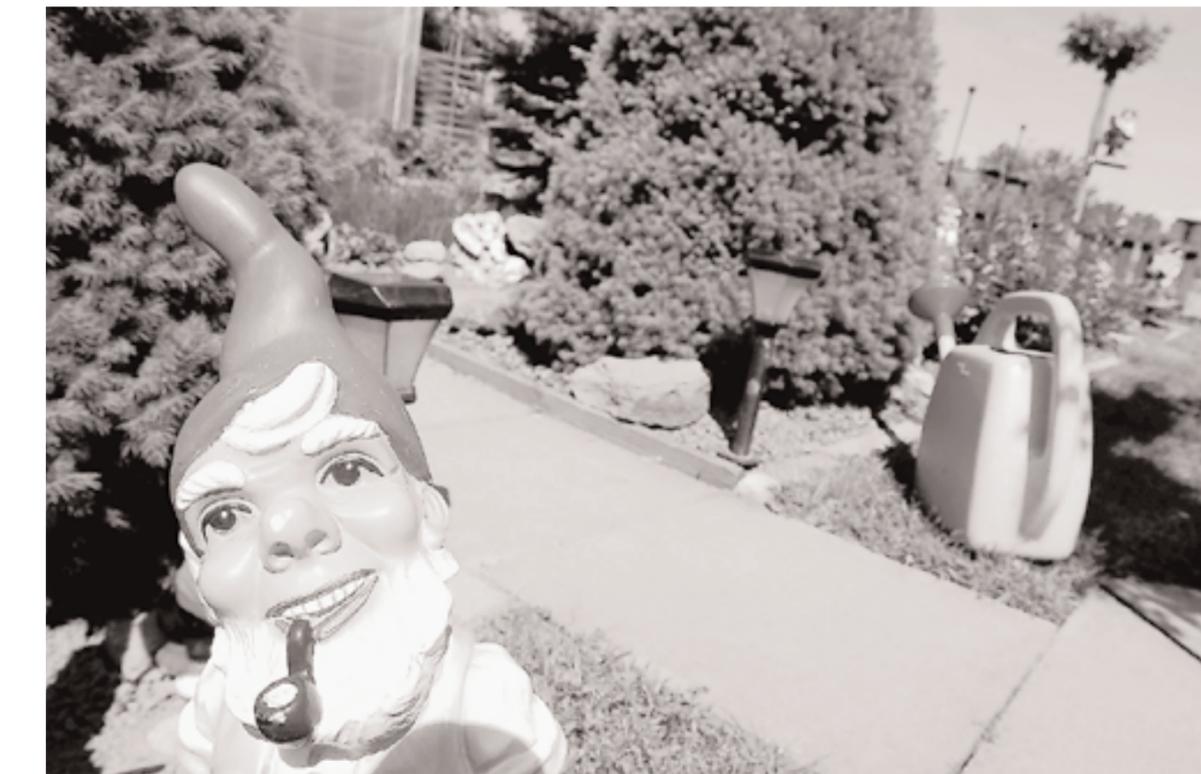
Auf 26 Arealen verpachtet die Stadt Bern über 2000 Familiengärten – und deren Besitzer wissen sich zu wehren, wenn es ihnen ans Gemüse geht. So auch vor der städtischen Abstimmung vom 5. Juni. «Rettet unsere geliebten Familiengärten im Schermenareal!», heisst es auf Flugblättern und in Inseraten, mit denen die Sektion Nordquartier des Vereins für Familiengärten den neuen Nutzungsplan Schermenareal-Waldau bekämpft.

Im Gebiet südlich des Schermenwalds will die Stadt neben der Stämpfli AG und der Firma MPA mehr Industrie und Gewerbe ansiedeln. Bis zu 1500 Arbeitsplätze sollen Platz haben. Bauwillig ist der Intersport-Konzern, der im Schermenareal seine Zentrale mit 120 Arbeitsplätzen errichten will.

Gut für die Stadtkasse

Der neue Zonenplan sichert gleichzeitig ein paar Grünflächen und Parkierungsmöglichkeiten für Grossanlässe. Die Fläche der psychiatrischen Klinik Waldau wird verkleinert, die Ausnützungsziffer dafür verdoppelt. Dem Konzept weichen müssen aber die 345 Familiengartenbetreiber im Schermen-Areal. Ihnen wird durch die Erweiterung der Familiengärtenanlagen im Löchlighut und auf der Kleinen Allmend teils Ersatz angeboten. Zudem würde eine Überbauung etappiert, damit die Gartenfreunde noch möglichst lang dort bleiben können.

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten mit 57 zu 12 Stimmen ein Ja zur Vorlage. Alle grösseren Parteien von links bis



Familiengarten-Idyll auf dem Schermen-Areal, doch die Stadt will umzonen – das Stimmvolk hat das letzte Wort.

VALÉRIE CHÉTELAT

rechts sind dafür. Das verkehrsmässig gut erschlossene Schermen-Areal sei «bestens geeignet» für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe, sagte FDP-Stadtrat Christoph Müller im Februar im Parlament. Der Stadtkasse würden Steuereinnahmen von Intersport zufließen. Für SVP-Stadtrat Peter Bernasconi ist die Vorlage ausgewogen: «Die Interessen des öffentlichen Raums, der Grünflächen, des Parkierens, des Gewerbes und der Finanzen sind berücksichtigt.»

Mit der Etappierung sei ausserdem eine «sanfte Ablösung» für die Familiengartenbetreiber garantiert, befand SP-Stadtrat Andreas Flückiger. Stadtpräsident Alexander Tschäppät (sp) zeigte zwar «Verständnis für das Herzblut der Familiengartenbetreiber», hielt ihnen aber «Einzelinteressen» vor. **Tschäppät und das «Gjät»** Das bringt Ernst Stauffer, Stadtrat der Arbeitnehmer- und Rentnerpartei (ARP) sowie Präsident der Nordquartier-Familiengärtler, jetzt noch in Rage: «Ich verrete keine Einzelinteressen, sondern die Interessen der einfachen Leute – das, was Herr Tschäppät als Sozialdemokrat eigentlich auch machen sollte.» Tschäppät habe wohl, vermutet Stauffer, «noch nie ein ‚Gjät‘ ausgerufen». Seit 1947 verbrächten Pensionierte und Buezer in diesen Familiengärten sinnvoll ihre Freizeit, «anstatt in der Stadt zu demonstrieren». Nicht zu vergessen: Ein Drittel der Familiengärtler seien Ausländer. «Da reden die Politiker immer von Integration – und jetzt will man den Ausländern diese Möglichkeit wegnehmen», kritisiert Stauffer. Das «nasse Nebelloch» Löchlighut sei kein Ersatz für den Standort Schermenareal, sagt Stauffer, zumal man dort nur mit dem Auto hinkomme. Und auf der Kleinen Allmend seien nicht einmal Gartenhäuschen erlaubt. Der 81-jährige ARP-Stadtrat erinnert ans Schlachthofareal, aus dem man die Familiengärtler einst ebenfalls vertrieben habe: «Aber gebaut ist dort bis heute nichts.» Neben der ARP und dem Verein für Familiengärten wenden sich die Schweizer Demokraten und die Grüne Partei Bern (GPB) gegen den neuen

Zonenplan. Angesichts bestehender Industriebrachen sei es «absurd», Industrieland einzuzonen. Die GPB hat «die ständigen Angriffe auf unsere Grüngelände» satt.

REKLAME